

@l p t r a u m

kostenlose Hannoversche Zeitung gegen Sozialabbau

März - 2021

0103-1

Unabhängig und absolut parteiisch

Jahrgang 17, Ausgabe 3

@l p t r a u m - Alles ausser Mainstream

@l p t r a u m ist im Jahre 2005 entstanden. Wir waren es und sind weiterhin sehr besorgt um Demokratie und die Rechte von Erwerbstätigen, insbesondere auch um die Missachtung der Würde der Erwerbslosen, die aus dem Arbeitsleben entlassen, entfernt wurden. SPD-Kanzler Schröder bezeichnete solche Menschen als faul, sein SPD-Kollege Müntefering sonderte sogar den Spruch ab: „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen.“ Seither sind insbesondere vom „Kanzler der Bosse“ mit seiner „Agenda 2010“ die Menschen zu einer Verfügungsmasse, zu Lohnsenkungen missbraucht worden. Schützenhilfe bzw. mediale Unterstützung erkaufte er sich durch Schaltung von teuren Anzeigen in verschiedenen Mainstream-Pressen-Organen.

Diverse „Soziale“ Träger erhielten diese „Verfügungsmasse der Arbeitslosen“ mit üppigen monatlichen Pauschalen zum Einsatz in entwürdigende 1-Euro-Jobs, wobei z.B. ausgebildete Maler und Gärtner in städtischen Wohnblöcken anstatt in sozialpflichtiger Anstellung überführt zu werden weiterhin der Knute der Jobcenter unterworfen blieben.

@l p t r a u m nennt das: „**Staatlich verordneter Sozialbetrug**“ Nutznießer und Beteiligte waren und sind auch heute noch Einrichtungen der Städte, der Kirchen und mehr.

Die Bundesregierung zahlte mindestens 344 Millionen Euro für Berater Spitzenreiter bei den Aufträgen an Externe sind demnach das Innenministerium mit 128,3 Millionen Euro und das Finanzministerium mit 72,4 Millionen Euro. Es folgen das Gesundheitsministerium und das Verkehrsministerium mit jeweils rund 30 Millionen Euro. Die Zahlen enthalten noch keine Angaben für das vierte Quartal 2020, das Umweltministerium machte zudem keine Auskünfte.

Der parteilose Bundesabgeordnete



Mario Mieruch hatte angefragt:

„Welche Beträge setzt die Regierung seit 2015 ein, um Anzeigen im Bereich Print, Online und TV schalten zu lassen“ und erhielt im Mai 2020 Antwort.

2015 =	38.467.138,19 Euro
2016 =	38.555.855,92 Euro
2017 =	36.231.127,26 Euro
2018 =	26.858.465,55 Euro
2019 =	43.590.402,58 Euro

Nachzulesen <https://reitschuster.de/post/exklusiv-wie-die-regierung-heimlich-medien-finanziert/>

Es ist daher bezeichnend, dass es nur ein parteiloser MdB und dass auch nur ein unabhängiger Journalist diese durch Anzeigenschaltung verdeckte Finanzierung der Mainstream-Medien überhaupt öffentlich ansprechen.

Boris Reitschuster, ehemals gefeierter Berichterstatter des Focus in Russland, wird jetzt oft bei seinen „unangenehmen?“ Fragen in der Bundes-Pressekonferenz gemobbt, wird z.B. massiv durch die SZ (Süddeutsche Zeitung) angegangen. **Er ist beinahe der Einzige, der die Corona-Massnahmen der Regierung als unabhängiger Pressevertreter kritisch nachfragt.**

Sehr erfreut hat es mich, als ich im politischen Gespräch von einem lieben Menschen diesen oben abgebildeten Geldschein als Spende erhielt. Den darauf abgebildeten Spruch sah ich aber erst zu Hause, wie auch den Hinweis „reitschuster.de“ auf der Rückseite.

Unabhängiger Journalismus lebt von oft nur kleinen, jedoch von Herzen

kommenden Spenden. So auch Boris Reitschuster. „Bäh und Pfui“ das Geschrei der Etablierten, wenn freie Journalisten, wie auf Demo in Berlin zu sehen, ihre Arbeit durch eine kleine Spende gewürdigt bekommen. „Spenden“ in Millionenhöhe (2,5 Mio. f. 2 Jahre), die der Spiegel von Bill Gates erhalten hat, bewirkten unmittelbar danach plötzlich eine ganz „andere Meinung“ als bisher zu diesem auch die WHO finanzierenden Menschen. Und es ist der gleiche Schreiberling, der nunmehr nur noch positiv über Gates zu berichten hat.

„**Wes Brot ich ess, des Lied ich sing**“

Das gilt sowohl für die Abhängigkeit der Journalisten von ihren Arbeitgebern als auch für die Abhängigkeit der Mainstream-Medien von den Zuwendungen durch die Regierung. Die Parteien sind abhängig von Groß Spendern, der Lohnabhängige hat kaum eine Lobby. Blöderweise sind durch diese Abhängigkeiten nur noch Meinungen der großen Geldgeber gefragt und diese werden propagandistisch umgesetzt.

Corona, ein Virus der bei Vorerkrankungen durchaus tödlich enden kann, wird mächtig aufgebauscht, wird als Kriegswaffe im Kampf „Reich gegen Arm“ eingesetzt. **Ein jeder, der sich auch nur ansatzweise kritisch äußert, wird sofort undemokratisch diskriminiert, als Idiot hingestellt.**

Aber, als Idioten werden wir bald alle da stehen, wenn wir uns weiter nur ängstigen, den teils irrsinnigen Anordnungen unwidersprochen folgen, uns auseinander bringen lassen, uns Glauben machen lassen, dass wir bzw. unsere Enkel die „Mörder“ unserer Alten seien. Wir sind es, wenn wir anstatt die Gefahren richtig einzuschätzen und angemessen darauf reagieren dazu auch noch zu Mördern unserer Freiheitrechte, unserer bisher noch verbliebenen (Schein-)Demokratie. Wählt endlich diejenigen, die für UNS eintreten. HaDe

@l p t r a u m - seit 2005 die kostenlose Zeitung für Menschen ohne Lobby



redaktion@alptraum.org



www.alptraum.org



@lptraum - Virologe Streeck schießt gegen Merkel:**Wissenschaftler mit anderer Meinung werden ignoriert**

Auf einige Virologen verlässt sich die Bundesregierung, andere werden weniger gehört.

Mediziner Hendrik Streeck plädiert stattdessen für Ausgewogenheit.

Virologe Hendrik Streeck wirft der Bundesregierung vor, Experten mit anderen Sichtweisen zu ignorieren.

Er und ein weiterer Kollege seien nicht zu Beratungen eingeladen worden, obwohl Politiker das begrüßt hätten.

Streeck dämpft außerdem die Hoffnung auf ein Leben ohne Corona. [...] Streeck berichtet gegenüber dem Blatt



davon, wie er nicht in die Beratungen vor der letzten Lockdown-Verlängerung mit einbezogen wurde: „Ich hatte am Donnerstag vor diesem Termin ein Telefonat mit einem Ministerpräsidenten, der mich oder den Epidemiologen

Klaus Stöhr in die Beratung holen wollte, und habe mir den entsprechenden Montag frei gehalten“, so Streeck.

Demnach habe auch Hamburgs Bürgermeister Peter Tschentscher Stöhr in die Runde holen wollen, ebenfalls ohne Erfolg. „Zwei Wissenschaftler, die eine andere Sichtweise vertreten, wurden von Ministerpräsidenten vorgeschlagen – und dennoch ignoriert. Wäre ich Ministerpräsident, würde ich mir wünschen, ein möglichst breites wissenschaftliches Bild und auch Für- und Wider-Argumente zu hören“, kommentierte Streeck die Entscheidung.

Quelle: Frankfurter Rundschau

@lptraum - Heribert Prantl: „Ich hoffe, dass die Gesellschaft aufwacht“**Der frühere Politik-Chef der Süddeutschen Zeitung und Jurist sagt: Das Grundgesetz steht nicht unter Pandemie-Vorbehalt.**

Berliner Zeitung:

Herr Prantl, Sie haben neulich in einer Talk-Show gesagt, dass Sie in den 33 Jahren Ihrer Tätigkeit als Journalist noch nie so viel Angst gehabt hätten. Wovor haben Sie Angst?

Heribert Prantl: I

ch habe nicht Angst um mich. Ich habe Angst um unsere Grundrechte. Ich bin besorgt. Die Grundrechte sind das Schönste und Beste und Wichtigste, was wir in unserem Staat haben. Ich habe das Gefühl, dass sie in der Pandemie kleingemacht oder bisweilen beiseitegeschoben werden. Ich habe die Sorge, dass wir die Grundrechte

opfern, um so vermeintlich der Pandemie Herr zu werden. Das Wesen der Grundrechte ist jedoch, dass sie gerade in einer Krise gelten müssen. Deswegen heißen sie Grundrechte.

Sie sind die Leuchttürme, die in der Demokratie leuchten. Es ist fatal zu glauben, man könne sie ja eine Zeit lang geringer leuchten lassen. Diese Haltung erscheint mir aber dominant, wenn ich die aktuelle Politik betrachte. Ich hätte mir nie vorstellen können, dass wir so intensive Beschränkungen unserer Freiheit erleben werden.

Hans-Jürgen Papier, der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichts sagte in diesen Tagen, er habe sich nie vorstellen können, dass derart intensive Freiheitsbeschränkungen von der zweiten Ge-

walt, der Exekutive, beschlossen werden. Er hat darauf hingewiesen, dass Entscheidungen über Grundrechte eine breite gesellschaftliche und demokratische Basis brauchen.

Aktuell ist die Politik dominiert von Naturwissenschaftlern und Virologen. Das geht nicht. Die Regierung muss Verfassungsrechtler, Pädagogen, Soziologen, Ökonomen und Kinderärzte anhören. Die Grundrechte sind kein Larifari. In einem demokratischen Rechtsstaat steckt die Kraft der Hoffnung in den Grundrechten – auch und gerade in Krisenzeiten. Weil die Corona-Politik die Grundrechte zu wenig achtet, ist die Hoffnung auf bessere Zeiten nicht so groß, wie sie sein könnte.

Quelle: Berliner Zeitung

@lptraum Pflegeheime: Trotz Corona Maßnahmen immer noch schlecht geschützt**Die Situation in den Heimen hat sich im Vergleich zur ersten Welle dramatisch verschlimmert.**

Dabei betont die Politik seit Beginn der Pandemie, wie wichtig es sei, Risikogruppen zu schützen, so wie Angela Merkel am 18. März 2020 bestimmte: „Am besten kaum noch Kontakte zu den ganz Alten, weil sie eben besonders gefährdet sind.“

Dabei weiß sich die Regierung nicht anders zu helfen, als einen Lockdown nach dem anderen zu verkünden.

Der Nutzen für die am meisten von Corona gefährdeten Menschen sei gering, meint der Infektiologe Prof. Matthias Schrappe, ehem. stellvertretender Vorsitzender des Sachver-

**ständigenrates Gesundheit.**

Er und weitere Wissenschaftler fordern, dass die Politik andere Maßnahmen ergreifen müsse, um Risikogruppen zu schützen: „Ich glaube, dass jetzt der Misserfolg dieser nicht optimalen Politik in der ganzen Bandbreite deutlich wird.“

Wir haben rund 50.000 Todesfälle, 90 Prozent davon bei Personen über 70 Jahre. Und die Gesellschaft merkt langsam, dass die Politik auf dem falschen Weg ist und dass man dringend einen Strategiewechsel braucht.“

Vor allem bei den Pflegeheimen mache sich die falsche Strategie bemerkbar. Das zeigt auch eine aktuelle Umfrage von „Plusminus“. Bei 370 Stadt- und Landkreisen haben wir nachgefragt: Wie viele der Corona-Toten kamen seit Anfang Dezember aus Pflegeheimen? Das erschreckende Ergebnis: Mehr als die Hälfte der Corona-Toten waren Bewohner von Pflegeheimen.

Wer Leben retten will, muss hier ansetzen. Quelle: plusminus

*** Wer hilft in Hannover Menschen in prekären Lebenslagen ***

StiDU?
Stimme der UngehÖRTen e.V.

Kummer? Dann diese Nummer!

0163-6390357

StiDU-Stimme der UngehÖRTen

info@stidu.de

Hannöversche AIDS-Hilfe e.V., Lange Laube 14	Termin vereinbaren, 360 696-0
ASG, Walter-Ballhause-Str. 4	Termin vereinbaren, 44 24 21
KDA Diakonie-Beratung, Archivstr. 3	Termin vereinbaren, 1241-445
IG Metall, Postkamp 12	Termin vereinbaren, 124 02-45
ver.di, Goseriende 10	Termin vereinbaren, 124 00-0
SoVD, Herschelstr. 31	Termin vereinbaren, 701 48-21
Sozialverband VdK, Am Schiffgraben 40	Termin vereinbaren, 131 72 20
pro familia, Goseriende 10	Termin vereinbaren, 36 36 06
[ka:punkt], Grupenstraße 8	Termin vereinbaren, 270 739-0

Obdachlosenhilfe: Ausgabe von Essen & Spenden Mo. Di.+Do. am Raschplatz

Zentrale Beratungsstelle ZBS
Berliner Allee 8
30175 Hannover (Zentrum)
Tel.: 0511 / 990 40-0

Kontaktladen Mecki
Raschplatz 8 c-d
30161 Hannover (Zentrum)
Mo - Do 8.00 - 11.00 Uhr
Fr. 8.00 - 12.00 Uhr
Sa 8.00 - 10.00 Uhr
Tel.: 0511 / 348 02 64

Tagestreffpunkt DÜK
»Dach über'm Kopf«
Berliner Allee 8
30175 Hannover
Mo-Fr. 9.30-14.30
Mi.- 14.00 Uhr - Sa./So. geschlossen
Tel.: 0511 / 363 25 38

Tagestreff Nordbahnhof
Schulenburg Landstr. 34
30165 Hannover (Hainholz)
Mo-Do 12.30-17.30 - Sa./So. geschlossen
Tel.: 0511 / 920 56 60

Männerwohnheim Büttnerstraße
darin: Werkheim - Kaffeestube
Mo. - So.: 6:00 - 14:00 Uhr
Büttnerstr. 9
30165 Hannover (Vahrenwald)
Tel.: 0511 / 358 56-0

Unterkunft Wörthstraße
Wörthstr. 10
30161 Hannover (Oststadt)
Tel.: 0511 / 388 48 93

Treffpunkt Kötnerholzweg
Kötnerholzweg 9
30451 Hannover (Linden)
Mo. - Fr.: 9:00 - 14:00 Uhr
Beratung nach Vereinbarung
Tel.: 0511 / 211 06 34

Männerwohnheim
Schulenburg Landstraße 335
30419 Hannover (Schulenburg)
Tel.: 0511 / 978 17 90

Neues Land - Auffanghaus für Männer
Steintorfeldstr. 11
30161 Hannover (Oststadt)
Tel.: 0511 / 31 97 15

Frauenunterkunft
Gartenstr. 20
30161 Hannover (Oststadt)
Tel.: 0511 / 34021-0

Szenia
Tagestreff und Beratung für Frauen
Volgersweg 6
30175 Hannover
Mo.bis Fr.: 9:00 - 14:00 Uhr
Tel.: 0511 / 760 01 00

Neues Land
Auffanghaus für Frauen
Lange-Hop-Str. 44
30559 Hannover (Bemerode)
Tel.: 0511 / 51 463

Paul-Oehlkers-Haus
Plantagenstr. 17
30455 Hannover (Badenstedt)
Tel.: 0511 / 260 92 43

Krankenwohnung Die Kurve
Diakonie
Helmstedter Str. 1
30519 Hannover (Kirchrode)
Tel.: 0511 / 838 73 20

Karl-Lemmermann-Haus
Am Wacholder 9
30459 Hannover (Oberricklingen)
Tel.: 0511 / 410 282-0

Lindener Tisch e.V.
Dienstag, Mittwoch, Freitag, jeweils
~~08.30 - 09.30 Uhr Frühstück 0,50€~~
12.30 - 14.30 Uhr Mittagsessen für 1,50 €
Lebensmittel- (Tiernahrungs-) Ausgabe:
Mo. + Do. - jeweils ab 14.30 Uhr, je 2,- €
(Wartezeiten möglich, Vorrang für bestimmte
Personengruppen z.B. mit B-Ausweis)
Ausgabetafel: Mittagsessen 13.00-14.00
Dunkelberggang 7 - nahe Schwarzer Bär
Mittwochs: ärztlicher Dienst Caritas ???

Neues Land - SOS Bistro
Steintorfeldstr. 4a
30161 Hannover (Zentrum)
Di.-Fr.: 15:00 - 20:00 Uhr,
Sa. und So.: 17:00 - 20:00 Uhr
Tel.: 0511 / 388 45 04

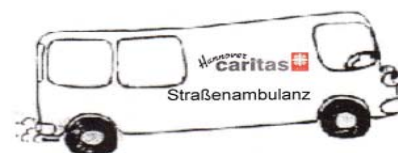
St. Clemens Samstagsfrühstück
des Caritas-Verband Hannover
Leibnizufer 13-15
30169 Hannover (Zentrum)
Tel.: 0511 / 12 600-0

Caritas
Tagestreffpunkt für Wohnungslose
Leibnizufer 13-15
30169 Hannover (Zentrum)
Tel.: 0511 / 126 00-0
sfw@caritas-hannover.de
Mo., Do., Fr.: 8.30 - 13.00 Uhr
Di.: 13.00 - 16.00 Uhr - Mi. 8.30 - 17.00 Uhr

Obdachlosenfrühstück der Caritas
jeden Samstag 8.30- 10.30 Uhr
Propstei St. Clemens,
Leibnizufer 13-15, 30169 Hannover

Der ärztliche Dienst für Wohnungslose

steht zum Glück wieder bereit,
angegebene Orte/Zeiten ohne Gewähr



alle nachfolgenden Angaben ohne Gewähr

Mon:	Schulenburg Landstraße *) 11.00-12.30 Uhr Caritasverband Hannover e.V. 10:00-11.30 Uhr (ohne Mobil)
Die:	Treff „Nordbahnhof“ 14.00-15.00 Uhr (ohne Mobil)
Mit:	Tagestreff Kötnerholzweg 10.00-11.30 Uhr Frauenunterkunft Vinnhorster Weg *) ab 12.00 Uhr (ohne Mobil)
Don:	Caritasverband Hannover e.V. 14:00-15.30 Uhr (ohne Mobil) K & S Unterkunft in Laatzen 11.00-12.00 Uhr (ohne Mobil) Unterkunft Wörthstraße *) 13.00-14.00 Uhr (ohne Mobil)
Sam:	Caritasverband Hannover e.V. 09:30-11.00 Uhr (ohne Mobil)
Son:	Treff „Nordbahnhof“ 11.00-12.30 Uhr (ohne Mobil) *) Für Bewohner der Unterkünfte

@l p t r a u m - Drei weitere Obdachlose in Hamburg verstorben

In Hamburg sind in diesem Winter noch mehr Obdachlose gestorben, als bislang bekannt. Der Senat hat auf eine Anfrage der CDU drei weitere Fälle aufgelistet. Demnach ist am 11. Januar ein Mann in der Nordkanalstraße in Hammerbrook verstorben und am Tag darauf ein anderer in der Weimarer Straße in Wilhelmsburg. Ein weiterer Obdachloser ist am 16. Januar verstorben, der Ort geht aus der Senatsantwort nicht hervor. Damit steigt die Gesamtzahl der Toten auf Hamburgs Straßen seit Dezember auf mindestens elf – ein trauriger Rekord. Der Hinz&Künzler Josef wurde



außerdem am vergangenen Samstag tot aus einem Kanal geborgen. Die genauen Todesumstände sind noch unklar. Am Mittwochnachmittag ist die Situation von Hamburgs Obdachlosen erneut

Thema in der Bürgerschaft. Die Linksfraktion hat das Thema für die aktuelle Stunde angemeldet und erneut ihren Antrag eingebracht, in dem sie den Senat dazu auffordert, Obdachlose in Hotels und Jugendherbergen unterzubringen. Auch die CDU schließt sich dieser Forderung an. Bislang hatte die Mehrheit der Bürgerschaft dies stets abgelehnt.

Eine Petition an die Ministerpräsident*innen der Länder mit derselben Forderung, die 13 Straßenmagazine gestartet hatten, hat inzwischen mehr als 3000 Unterschriften.

Quelle:

Hinz&Kunzt

@l p t r a u m - Die im Dunkeln frieren

Und es wäre leicht, die Regelsätze von Hartz IV und Altersgrundsicherung sofort auf mindestens 600 Euro pro Monat zu erhöhen sowie einen pauschalen Mehrbedarfzuschlag von monatlich 100 Euro auszuzahlen. So, wie es jetzt 36 Verbände und Gewerkschaften fordern. „Wir erwarten von dieser Bundesregierung, dass sie endlich auch etwas für die Armen tut, das wirklich Substanz hat“, sagte Ulrich Schneider, der Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands. Diese Dringlichkeit im Ton ist nicht übertrieben, sondern wegen der Faktenlage absolut berechtigt. (...) **Anstatt eine sozialpolitische Wende einzuleiten, verrechnet das SPD-Sozialministerium die zu Beginn des Jahres erfolgte Kindergelderhö-**

hung um 15 Euro (die auch Eltern mit einem Millionenvermögen erhalten) mit dem Hartz-IV-Betrag, sodass von der Erhöhung des Regelsatzes für manche Bezugsgruppen seit Januar nichts übrig bleibt. Ja, Sozialdemokraten schreiten nicht einmal dann ein, wenn der CDU-Bundestagsabgeordnete Peter Weiß im Interview mit dem Deutschlandfunk bezweifelt, dass es bei ALG-II-Beziehern derzeit Mehrbedarfe gibt. Ebenso wenig, wenn dessen Fraktionskollege Marian Wendt via Twitter verlangt, den Regelsatz zu kürzen, weil derzeit kein Bedarf an Kultur bestehe. Dabei können sich Hartz-IV-Empfänger schon jetzt meist nicht einmal die wichtigen FFP2-Masken leisten. Immerhin: In dieser Frage lenkt das

Bundesarbeitsministerium ein. Dort wird endlich an einem Konzept für Maskengutscheine gearbeitet. Deutlich höhere Regelsätze, Zuschläge, Sachleistungen oder ein Strom- und Gassperrenverbot wird es dagegen nicht geben. Genau das aber bräuchten Menschen wie Jockel. Kürzlich hat ihn ein Team der ARD-Sendung Report Mainz besucht. Jockel übernachtet manchmal bei seinem Freund Joe, dessen „Energiezufuhr“ noch läuft. „Er kann sich gern neben mich ins Bett kuscheln“, sagt Joe, und beide lachen. In der Not rücken sie zusammen am Kalkofen. Das ist solidarisch, aktuell auch gefährlich – aber alternativlos, denn der Bundesregierung sind die Armen weiterhin völlig egal.

Quelle: der Freitag

@l p t r a u m



MITGLIED IM

DPV

Deutscher
Presse
Verband

@l p t r a u m



Impressum:

Impressum:

“ALP-Traum” ist seit 2005 ein kostenloses Arbeitslosen-Zeitungsprojekt, Plattform Hannover-gegen-Sozialabbau.de
+++ Die Redaktion ist Mitglied im DPV - Deutscher Presse Verband e.V. für Journalisten, Hamburg +++
Beiträge: Erwin Stefaniuk (ErSt), Tel. 45 66 13, Heinz-Dieter Grube (HaDe), Tel. 34 21 21, mobil 0176 50 230 515

@l p t r a u m-Redaktion (Alp) - Gastbeiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.

Druck im Selbstverlag, verantwortlicher Redakteur: Heinz-Dieter Grube, **Stärkestr. 16, 30451 Hannover**
www.alptraum.org, Tel. 0511 / 34 21 21, Fax 0511 / 34 23 23, E-Mail: redaktion@alptraum.org

@l p t r a u m erscheint monatlich, Druck-Auflage: 400 - 2500, ist frei von gewerblichen Anzeigen und Werbung

Spendenkonto: H.- D. Grube, IBAN: DE58201100222494378184 Postbank Hamburg

Hinweis: Bei diesem Konto handelt es sich um ein der Redaktion Alpträum zur Verfügung gestelltes Sparsbuch.

Wir erhalten bei Zahlungseingang keine Information, wer überwiesen hat.

Spendenquittungen sind leider nicht möglich. Bei Spendeneinzahlung, z.B. für Porto,

Zusendung von Papieraussagen Alpträum, bitte uns per E-Mail einen Hinweis geben. Danke.

@l p t r a u m-Demokratieverlust - Wer informiert ist, sich nicht wehrt, lebt verkehrt !

@lptraum - Merkel hat weder Ideen noch Strategie**Ein Plädoyer für eine klügere Corona-Politik**

Der Lockdown hat nicht nur schwerwiegende wirtschaftliche Folgen. Er macht viele Menschen und ganz besonders Kinder auch depressiv und krank. Außerdem ist er keineswegs so erfolgreich wie uns weisgemacht wird. **Wir brauchen dringend eine andere, klügere Politik. (...)**

Auch nach einem Jahr Corona gibt



es in Deutschland keinerlei seriöse Daten zum Infektionsrisiko in einzel-

nen Branchen und Berufsgruppen. Oder schlimmer noch: es müsste diese Daten eigentlich geben, die Gesundheitsämter machen ja seit einem Jahr kaum etwas anderes als Infektionsketten nachzuverfolgen, aber die Zusammenfassung und Auswertung ihrer Erkenntnisse scheint niemanden zu interessieren, am wenigsten die politischen Entscheidungsträger.

Quelle: Sahra Wagenknecht in Focus

@lptraum - Corona-Daten "eine einzige Katastrophe"

982.489 Sterbefälle hat das Statistische Bundesamt von Januar bis Dezember 2020 registriert – das sind rund 48.000 mehr als im Durchschnitt der Jahre 2016 bis 2019.

Für viele gibt es für das Plus an Sterbefällen eine naheliegende Er-

klärung: Die Corona-Pandemie.

Tatsächlich sind unter den Verstorbenen laut Robert-Koch-Institut 39.201 Menschen, die an oder mit Covid-19 gestorben sind.

Doch kann man von Übersterblichkeit sprechen ? - Nein – das sagt

zumindest der Münchner Statistiker Göran Kauermann in einem aktuellen Interview mit der "Welt". (...)

Sein Fazit: "Wenn man die Zahlen um den Alterseffekt bereinigt, ist das Jahr 2020 ein nicht nennenswert auffälliges Jahr." Quelle: Focus Online

@lptraum - Wacklige Wissenschaft schafft Panik

Während in den meisten europäischen Ländern die Zahl positiver SARS-Cov2-Tests und inzwischen auch diejenige der Sterbefälle zurückgeht, wird über weitere Grundrechtseinschränkungen diskutiert.

Als Begründung werden Virus-Mutanten angeführt, die wegen ihrer höheren Übertragbarkeit so gefährlich seien, dass ohne scharfe Maßnahmen eine katastrophale 3. Welle von Covid-19 zu erwarten sei. Dieser These wurde nachgegangen. Dabei beschränkte sich der Autor dieses Textes auf zwei Gründen auf die „britische Mutante“, die auch als B.1.1.7 bekannt ist. Mitunter wird sie auch 20B/501Y.V1 und etwas häufiger VOC-202012/01 genannt. Diskutiert wird diese Mutante, weil es nur dazu überhaupt eine Studie gibt, die über nicht nachprüfbar Pressemitteilungen hinausgeht. Die Basisdaten dieser Studie sind sogar öffentlich zugänglich. Ferner ist diese

Studie von Leung@al. der Ausgangspunkt des Narrativs von den gefährlichen Mutanten.

Leung@al. behaupten darin, dass B.1.1.7 eine um 75% höhere Übertragbarkeit als das Vergleichsvirus aufweist und geben ein 95%-Vertrauensintervall von 70-80% an. Eine spätere, nur als Preprint verfügbare Studie eines Londoner Instituts gibt 56% an (Vertrauensintervall 50-74%), obwohl sie sich auf etwa den gleichen Zeitraum und die gleichen Basisdaten bezieht. Das niederländische Gesundheitsministerium schätzt 36% (23-40%) ab, das dänische Statens Serum Institut ebenfalls 36% (19-53%). Die neueste Abschätzung stammt von der belgischen Universität in Leuven, sie beträgt 11%. Die Vertrauensintervalle überlappen nicht. **Irgendetwas stimmt hier also nicht.**

Allen Studien ist eines gemeinsam. Sie schließen aus einem wachsenden Anteil von B.1.1.7 an der Gesamtzahl

der Fälle auf eine höhere Übertragbarkeit. Dieser Schluss ist nicht zulässig, wie im Folgenden aufgezeigt.

Die Studie von Leung@al. geht von einem Modell aus, das ein Teil der Autoren 2017 entwickelt hatte, um die relative Ausbreitung von zwei Influenza-Virentypen zu beschreiben, von denen einer resistent gegen ein antivirales Medikament ist, der andere aber nicht. Quelle: Gunnar Jeschke in der Freitag Psychologe Grünwald zu Corona – "Viele Deutsche sind erschöpft und zermüht"

Den ersten Lockdown umwehte noch so etwas wie Abenteuer. Doch nach inzwischen fast einem Jahr überwiegt die Müdigkeit. Die Debatte hat sich in teilen radikalisiert. Es fehlt die Aussicht auf einen Erfolg. Psychologe Stephan Grünwald erklärt, wie es um die Gemütslage im Land bestellt ist, was ihn am meisten sorgt und worauf es nun ankommt. Quelle: n-tv

Sozialer Stadtrundgang: Asphalt zeigt das andere Hannover

.... ist aber wegen der Corona-Massnahmen derzeit ausgesetzt

Asphalt-Verkäuferinnen und -Verkäufer führen Sie zu Orten, an denen Wohnungslose keine Randgruppe sind.

Erleben Sie die Straße neu und lernen Sie spezielle Anlaufstellen kennen: Wo sind die Schlafplätze von obdachlosen Menschen ?

Wo duschen oder essen sie ?

Wo gibt es Konflikte ?



Asphalt

Ein außergewöhnlicher Stadtrundgang - von ExpertInnen der Straße geführt !

Asphalt-Stadtrundgang März:

Freitag, 26. März 2021, (ohne Gewähr)

15.00 Uhr Treffpunkt: Hallerstr. 3,

30161 Hannover

Bitte telef. anmelden: **0511-301269-0**

Teilnahme auf Spendenbasis:

ab 5 € pro Person.

Gruppen (Studierende, Schulklassen, Vereine etc.) vereinbaren bitte gesonderte Termine ! (Alp)

(Quelle: **Asphalt**-Magazin)

Infos: www.asphalt-magazin.de

@lptraum - Das Infektionsschutzgesetz höhlt offensichtlich Grundrechte aus

Darf die Polizei private Wohnungen durchsuchen, um die Einhaltung der Corona-Maßnahmen zu überprüfen und durchzusetzen ?

Das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung aus Artikel 13 des Grundgesetzes nimmt einen hohen Stellenwert ein und steht in engem Zusammenhang mit der freien Entfaltung der Persönlichkeit: Die Wohnung als physischer Rückzugsort und räumliche Privatsphäre soll dem staatlichen Zugriff weitestgehend entzogen werden. Gemäß Artikel 13 Abs. 7 des Grundgesetzes sind Eingriffe und Beschränkungen auf Grund eines Gesetzes zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung und auch zur Bekämpfung von Seuchengefahr zulässig.

Das Betreten und Durchsuchen einer Wohnung, weil dort eine Zusammenkunft stattfindet, die gegen die Corona-Regeln verstößt, ist aber in aller Regel unzulässig.

Auf Grundlage der Polizeigesetze der Länder ist das Betreten oder Durchsuchen zur Verhinderung von Verstößen gegen die Corona-Verordnungen im Prinzip nicht möglich, denn die Polizeigesetze lassen das Betreten nur aus bestimmten Gründen zu, nämlich zur Beschlagnahme von Gegenständen, bei Lärmbelästigung oder zur Abwehr von gegenwärtigen Gefahren für Leib, Leben oder Freiheit einer Person oder zur Verhinderung erheblicher Straftaten.

Das heißt: Wenn von einer Zusammenkunft eine Lärmbelästigung für die Nachbarschaft ausgeht, dann ist die Polizei nach erfolgloser Warnung schließlich auch befugt, die Wohnung



zu betreten und z.B. eine Musikanlage zu beschlagnahmen. Sie kann in diesem Zusammenhang auch auf die Einhaltung der Corona-Verordnung hinweisen und sogar ein Bußgeld erteilen. **Ausschließlich zur Verhinderung von Verstößen gegen die Corona-Verordnung darf die Polizei eine Wohnung aber nicht betreten.**

Etwas anderes könnte allenfalls dann gelten, wenn die Polizei aufgrund verlässlicher Informationen davon ausgehen könnte, dass eine infektiöse Person unter Verstoß gegen eine Quarantäneanordnung Besuch empfängt und dieser auf Vorwarnung der Beamt*innen die Wohnung nicht freiwillig verlässt. Denn dann bestünde eine konkrete Gesundheitsgefahr.

Das allgemeine Ziel, illegale Zusammenkünfte zu verhindern, würde hingegen zum Betreten einer Wohnung nicht ausreichen, weil es in solchen Fällen an der hinreichenden Zuspitzung der Gesundheitsgefahr als „gegenwärtig“ fehlen würde.

Auch eine Durchsuchung einer Wohnung zur Verfolgung einer Ordnungswidrigkeit ist eher abwegig.

Denkbar ist zwar theoretisch, dass die Polizei nach § 102 der Strafprozessordnung eine Wohnung betreten und durchsuchen darf, um für die Verfolgung einer Ordnungswidrigkeit Beweismittel aufzufinden. **Notwendig ist dafür aber nach § 105 der Strafprozessordnung ein richterlicher Durchsuchungsbeschluss, nur bei Gefahr im Verzug kann die Staatsanwaltschaft die Maßnahme anordnen.** Zwar ist eine solche Durchsuchung gemäß § 46 OWiG sinngemäß auch bei der Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten – etwa Verstößen gegen Anti-Corona-Verordnungen – anwendbar. Art und Umfang der zur Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten gewählten Maßnahmen unterliegen aber dem Ermessen der Beamt*innen (§ 47 OWiG) und sind damit wiederum streng dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz gebunden.

Dass der Sachverhalt einer mutmaßlichen Ordnungswidrigkeit nicht anders als durch das Betreten einer Wohnung aufgeklärt werden kann, dürfte jedoch eher fern liegen.

Soweit ein Auszug aus einem Text <https://freiheitsrechte.org/corona-und-grundrechte/>

Die Grundrechte scheinen insoweit gewahrt zu bleiben, wobei es auch auf „die Befindlichkeit“ und dem Demokratieverständnis der am Einsatz beteiligten Ordnungshüter ankommen mag, ob die jeweilige Situation als „Gefahr im Verzug“ ausgelegt wird.

Zur einer beschleunigten Einführung des Infektionsschutzgesetzes haben CDU-Politiker jedoch gelogen. HaDe

16 Jahre @lptraum 2005 - 2021: Kostenlose Hannoversche Zeitung

Print- & Onlineausgaben (pdf) als Aufklärung gegen Massenverblödung durch die Propaganda der Mainstream-Medien.

Mitglied im DPV Deutscher Presse Verband [Verband für Journalisten e.V. Hamburg] www.dpv.org

Aktuelle Informationen & Material: www.alptraum.org oder: www.hannover-gegen-sozialabbau.de

WLAN-Hotspot alptraum.org unter: <https://hannover.freifunk.net/karte/#/de/map/b04e26b07bba>

Spenden für Druck- & Papierkosten bitte an: Postbank Hamburg, IBAN: DE58201100222494378184

Druck: Copyshop Hannover Copy excellent, Arndtstr. 6, 30159 Hannover <http://copy-excellent.de/>



NachDenkSeiten
Die kritische Website



@lptrraum - "Karl Un-Lauterbach" fordert zur Zerstörung eines Kunstwerkes auf

[BorisReitschuster.de](#) berichtet über das Kultur- bzw. Demokratie-Verständnis dieses "wichtigsten Gesundheits-Propheten" Deutschlands.

Der Graffiti-Künstler gab dazu ein sehr intelligentes Interview, wovon auch @lptrraum beeindruckt ist, es darum hier in Teilen wiedergeben möchte:

Ich zeichne, male, sprühe, schreibe. Ich schätze sowohl das traditionelle Graffiti Style Writing nach amerikanischem Vorbild als auch das Wandbild, das über originellen Style und Handschrift hinaus ein Statement vermittelt. Lebte und lebe an sehr unterschiedlichen Orten, habe Freunde und Bekannte aus diversen Kulturen, Leute sehr verschiedener politischer Haltungen und religiöser Ausrichtung. Ich gehöre keiner Szene an, verorte mich selbst im politisch linken Spektrum.

Handelt es sich um ein legales Graffiti? Ja. Was Karl Lauterbachs Aufforderung zur Kunstzerstörung zusätzlich äußerst pikant macht.

Warum Karl Lauterbach?

Es betrifft sicherlich auch andere. Herr Lauterbach schrie einfach sehr schrill und laut danach. Er wünscht sich ja das Testen so sehr. Um seinen Wünschen nachzukommen, unternahm ich eine Testung flächendeckend und nicht an jemandem, der asymptomatisch ist. Unter dem Bild ist explizit die Rede von „Unlauterbach“. Einige Kommentare bestreiten die Ähnlichkeit von Portraitiertem und Motiv. Er fühlte sich trotz allem angesprochen, twittert sogar von „seinem Bild“.

Well, if the shoe fits.

Der SPD-Politiker konnotiert dich mit Begriffen wie Hetzer, Querdenker und radikalisiert. Wie kommt er dazu?

Oft sprechen wir ja von uns selbst, wenn wir uns echauffieren. Als Querdenker wurde Lauterbach selbst bereits widerspruchslos bezeichnet... im Jahr 2007 im Online Magazin Telepolis. Aus irgendeinem Grund scheint ihm sein eigener Test nicht genehm, der an Milliarden anderer hingegen schon. Gut, ich gelobe Besserung in Sachen Ähnlichkeit und werde Herrn Lauterbach den Fortschritt als sein „Bildnis des Karl Lauterbach“ künftig immer wieder neu präsentieren.

Und nun zur Verhältnismäßigkeit des öffentlichen Aufrufs zur „Zerstörung“



von Kunst durch einen Bundestagsabgeordneten, sogenannten Gesundheitsexperten und Corona-Propheten. Wenn es nach unseren überaus toleranten und weltoffenen, westlichen, politischen Führern geht, können und sollen sie als Künstler den Propheten Mohammed karikieren dürfen. Politiker gingen für das Recht dazu selbst auf die Straße. Karikatur dürfe das. Ein radikales Freiheitsverständnis.

Wirklich? Sollte diese Auffassung dann nicht auch für den Talkshowling Karl Lauterbach gelten? Oder doch lieber nicht? Gilt hier nun ein Karikatur- oder Bilderverbot für den „Corona-Propheten“, wie ihn jüngst Peter Körte in der FAZ bezeichnete?

Die Führung dieses Landes hat an Erdung verloren. Sie hat sich selbst und andere eingeseift. Lebt nun in einer solchen Seifenblase. Sie schaut sich an, wie YouTube Beiträge von Wissenschaftlern und Professoren löscht, die Ungewünschtes äußern, wie diese persönlich angegriffen und diskreditiert werden. Wie Kritiker strafversetzt werden. Das ist ein Angriff auf Meinungsfreiheit und die Freiheit von Lehre und Wissenschaft, für die sich westliche Demokratien gerne selbst auf die Schulter klopfen.

Parallel müssen wir zusehen, wie Leitmedien den Chef des Netzwerks evidenzbasierter Medizin als Verschwörungstheoretiker labeln.

Viele Kommentare loben ausdrücklich deine künstlerische Leistung. Der Portraitierte ruft zur Zerstörung des Kunstwerks auf. Hat sich Karl Lauterbach damit eventuell strafbar gemacht?

Ja. Chefprophet, Richter und Kunstkritiker Karl Lauterbach hat sich juristisch gesehen strafbar gemacht, da das Werk legal entstanden ist. Auch blieb Urhebernennung aus.

Was sagt das über ihn aus?

Historisch gesehen ist überhaupt die Wut auf ein Bildnis, Bildfeindlichkeit und Furcht, insbesondere die Iko-

noklastik durchaus interessant. Karl Lauterbachs dünnhäutige Reaktion geht hier weit über Franz Joseph Strauß hinaus, der versucht hat, Karikaturisten zu verklagen. Erfolglos. Man ahnt, in welche Phase deutscher Geschichte hier jemand abrutscht...und jene, die ihm in dieser Sache das Wort reden. Willy Brandt würde sich wohl im Grabe runddrehen. Das neue KAME-Bild 'Return of the fly' als Antwort auf den Tweet

Für andere Viren als Ignoranz gibt es kaum verlässliche Tests. Allein auf einen Liter Meerwasser kommen nach mir bekannter wissenschaftlicher Auffassung 10 Milliarden Viren. Einen einzigen haben wir nicht einmal verstanden, wie die letzten Monate eindrucksvoll unter Beweis stellen. Ist das nicht der Wink mit dem Zaunpfahl, ein wenig zur Demut gegenüber unserer Natur zurückzukehren, die wir nun seit geraumer Zeit martern, beschränken und bekämpfen? Und nun schwingen wir uns sogar auf, Teile von ihr ausrotten zu wollen.

Was soll die Konsequenz daraus sein, die eigene Winzigkeit angesichts der viel mächtigeren Natur nicht anzuerkennen und zu verdrängen? Zu meinen, das scheinbar noch Winzigere als den Menschen, den „Virus“ „ausrotten“ zu können, zu müssen?

Was für ein Verständnis, welche Hybris liegt dem zugrunde?

Sollen wir nun beispielsweise das Meerwasser, was voller Viren ist, ewiglich meiden? Unsere Reise zum nächsten potentiellen Aufenthaltsort von einem von 10 hoch 17 Viren abhängig machen? Provisorisch nur noch in Gesichtslappen atmen? Uns an apokalyptischen Konjunktiven und wilden Prognosen ausrichten? Kaum traut man sich noch, derartige Anregungen zu äußern, da Ironie nicht mehr begriffen wird. Eher wird Unsinniges gerechtfertigt und gesetzlich zementiert. Doch der Zement bröckelt.

Man muss schon so begrenzt wie ein Herr Drost sein, wenn einem nicht auffällt, was Grundschüler und kleine Kinder intuitiv begreifen: Das Leben selbst ist Risiko. Egal wie viele Helme man sich aufsetzt, wie viele Masken man trägt....

- Das ganze Interview: [BorisReitschuster.de](#)

@lptraum

kostenlose Hannoversche Zeitung gegen Sozialabbau

März - 2021

Unabhängig und absolut parteiisch

Jahrgang 17, Ausgabe 3

+++ lokal und aktuell +++

Mitstreiter findet ihr hier:



Montags - Demo - Hannover

Nur noch jeden 1. Montag im Monat
von 18.00-19.00 Uhr
Kundgebung in der Innenstadt,
Georgstraße / Schiller-Denkmal

„Hartz IV geht uns alle an!“

[ka:punkt] Beratungs- und Behandlungsstelle

Gruppenstraße 8 (Innenstadt) 30159 Hannover
„Offene Tür“: ein Angebot der katholischen Kirche
Mo.-Fr. 10.00 - 18.00 Uhr, Sa. 12.00 - 16.00 Uhr
Anmeldung Beratung / Info: **Telefon 0511 / 270 739-0**

Arbeitskreis Arbeitslose Linden

Donnerstags 10.00 Uhr bis 12.30 Uhr
im Freizeitheim Linden (Raum U5)
Fred-Grube-Platz 1, 30451 Hannover (Üstra-Linie 10)

IG Metall-Arbeitskreis „Erwerbslose“

Jeden 1. Mittwoch im Monat 10.00 Uhr bis 12.00 Uhr
IG Metall-Haus, Postkamp 12, 30159 Hannover



Raschplatz montags ab 16.30 Uhr



Raschplatz dienstags ab 17.30 Uhr

Obdachlosenhilfe Hannover e.V.
Jeder kann helfen!



Raschplatz donnerstags ab 15.30

@lptraum



Unterstützt unsere ehrenamtliche Arbeit.
Spendenkonto H.-D.Grube
IBAN: DE58201100222494378184



@lptraum - Zitate

An die Worte des deutschen lutherischen Pfarrers
Martin Niemöller (1892-1984) sei hier erinnert.

Er sprach sich offen gegen Adolf Hitler aus und verbrachte die letzten sieben Jahre der nationalsozialistischen Herrschaft in Konzentrationslagern.
Er schrieb die Zeilen nach Kriegsende:

„Als die Nazis die Kommunisten holten,
habe ich geschwiegen,
ich war ja kein Kommunist.

Als sie die Sozialdemokraten einsperrten,
habe ich geschwiegen,
ich war ja kein Sozialdemokrat.

Als sie die Gewerkschafter holten,
habe ich geschwiegen,
ich war ja kein Gewerkschafter.

Als sie mich holten,
gab es keinen mehr,
der protestieren konnte.“



+++ Termine im März +++ Termine im März +++ Termine im März +++ Termine im März +++

StiDU?

Stimme der UngeHÖRTen e.V.

Kummer? Dann diese Nummer!

0163-6390357

StiDU-Stimme der UngeHÖRTen

info@stidu.de



NachDenkSeiten
Die kritische Website



@lptraum gelesen und als interessant befunden ? Mitmachen - Weitergeben